



Kabelverleger (in Bonn), Kabel-Minister Schwarz-Schilling, Kabel-Pilotprojekt Ludwigshafen (Sendezentrale): „Ich habe auch eini...

Kabel-Fernsehen: „Das Debakel ist da“

Fehlkalkulation mit Milliardenbeträgen, chaotische Gebührenpolitik, Spielereien mit veralteter Technik: Christian Schwarz-Schilling bringt das Staatsunternehmen Bundespost mit seinem Lieblingsprojekt – Kabel global,

Fernsehen total – in finanzielle Schwierigkeiten. Doch obwohl Rechnungshof, Opposition und selbst eigene Parteiliebe mit dem Postminister hart ins Gericht gehen, läßt ihn Kanzler Helmut Kohl weiterwursteln.

Einmal noch, vor dem erdnahen Durchflug des Halleyschen Kometen, wird sich der Satellitenabschub verzögern. Dann, voraussichtlich im Herbst kommenden Jahres, wird wahr, was eigentlich schon 1983 geschehen sollte – der langerwartete Start des ersten deutschen Rundfunksatelliten TV-Sat. Wenn der Trabant seine Sendungen beginnt, hat der Bonner Postminister neben all seinen bisherigen politischen und technischen Problemen ein neues dazu.

Denn schlagartig strahlt vom Himmel hoch, 19 Grad West über dem Äquator, aus 35 800 Kilometer eine leistungsstarke Direktkonkurrenz auf die Kabelnetze der Bundespost hernieder: bundesweit verbreitete TV-Programme, empfangbar mit privaten Einzel- oder Gemeinschaftsantennen für Villen, Mietskasernen und Wohnsiedlungen. Postkabel zur flächendeckenden Programmverbreitung sind beim sogenannten Direktsatelliten nicht mehr vonnöten.

Die neue Generation der Rundfunksatelliten kann, wenn ihm vorher nichts passiert, das Schicksal des Bonner Kabellegers Christian Schwarz-Schilling endgültig besiegeln. Auf Restgröße könnte dann die Lust der TV-Nation auf den Kabelanschluß schwinden, wenn mit dem einmaligen Kauf einer Antenne

weitere Fernsehprogramme erreichbar sind – ohne die ständig steigenden Monatsgebühren für die postalische Strippe.

Dann aber droht dem wichtigsten Projekt des Ministers und einem der markantesten von Helmut Kohls Regierung der Absturz ins Nichts.

Ein bis zwei Milliarden Mark im Jahr kostet die Verkabelung der Deutschen die Bundespost. Die Zeichen mehren sich, daß das viele Geld verschwendet wird, in den Sand gesetzt von einem Politiker, dem vor lauter medienpolitischem Eifer die Kontrolle über seine Pläne entglitten ist.

Dem Eiferer ist vorzuhalten, daß er

- ▷ seine Führungsaufgaben als Chef des größten deutschen Dienstleistungsunternehmens ständig vernachlässigt, um seine medienpolitisch-ideologischen Ziele durchzusetzen. Schwarz-Schilling im Oktober 82, bei seinem Amtsantritt: „Jetzt machen wir das private Fernsehen“;
- ▷ stur auf dem einmal eingeschlagenen Weg fortfährt, obwohl inzwischen, dank technischen Fortschritts, privates TV auch ohne teure Kabel möglich ist;
- ▷ keinen Gedanken daran verschwendet, ob seine Wähler überhaupt 20

TV-Programme sehen wollen, wenn ihnen schon die jetzigen zweieinhalb Programme zuviel sind.

Des Ministers Chef, dem Kanzler Helmut Kohl, ist anzulasten, daß er

- ▷ seinen Postminister ungebremst weiterwursteln läßt, obwohl der in der eigenen Partei längst als ablösungsreif gilt;
- ▷ die politische Aufsicht über seinen Minister versäumt. Zu den grundsätzlichen Fragen – ob es Aufgabe ausgerechnet der Post sein muß, alle Bürger mit vielen Kommunikationsmöglichkeiten zu beglücken, und ob nicht eher der Staat oder der einzelne Bürger die neue Medienvielfalt bezahlen sollte – hat Kohl nie etwas gesagt.

Vielen in der Christenpartei, die in dem vermeintlichen „Rotfunk“ 13 Jahre lang die Ursache für Machtverlust und Ohnmacht sahen, ist immer noch der Ausbau der Kabelnetze von epochaler Bedeutung – und kein Vergleich zu hoch gegriffen. „Fast so groß wie Gorleben“ fand der niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht das gewaltige Netzwerk. Und über ein Vorhaben wie den „Ausbau des Eisenbahnnetzes im vergangenen Jahrhundert“ staunte sein Parteilieb Bernhard Vogel in Mainz.



Wochen gebraucht, um dies zu verstehen“

Nicht minder ungeheuer empfanden auch die politischen Gegner das große Kabeldingdong – nur andersherum: „Gefahren, die akuter und gefährlicher sind als die Kernenergie“, erwartete der damalige Bundeskanzler Helmut Schmidt von dem unterirdischen Wunderwerk. „Reizüberflutung“ und „Massenverdummung“ fürchteten auch andere Sozialdemokraten für das Seh- und Wählervolk, das sich nun offenbar weniger dumm verhält als erwartet.

Denn plötzlich erweist sich als wahr, was Schwarz-Schilling und andere christdemokratische Medienapostel früher ständig gepredigt haben, ohne es wirklich zu glauben: Das Publikum, der von ihnen stets bemühte „mündige Bürger“, hat tatsächlich das letzte Wort über Nutzung und Einführung dieser – eben publikumsnahen – Technologie.

An dieser Klippe hat sich die einst „mit Volldampf“ (Schwarz-Schilling) losgebraute Bonner Medienpolitik der CDU/CSU schnell festgefahren.

Mehr als 15 bis 20 Prozent der Bevölkerung, so ergaben jüngste Meinungsumfragen des Fernmeldetechnischen Zentralamts und des Offenbacher Marplan-Instituts in 3000 Haushalten, waren nicht bereit, sich zu den bislang geltenden Gebühren ans Fernsehkabel anschließen zu lassen: 400 Mark für den Postanschluß, monatlich 16,25 Mark für Betriebskosten und Programm-Heranzuführung sowie weitere Kosten für die Handwerksarbeiten (Leitungen und Anschlüsse) innerhalb der Häuser.

Doch die Tarife sind unverbindlich. Immer mal wieder wird die gesamte

Kalkulation durcheinander gewirbelt. Jüngstes Beispiel: Die Post bietet neuerdings Kabelanschlüsse für Wohnungsbauunternehmen und Betreiber von Gemeinschaftsantennen zu Schleuderpreisen an – 20 statt 400 Mark. Die Billigaktion ist auf ein Jahr begrenzt und soll die Bürger in Scharen ans Kabel locken. Finanzexperten bezweifeln aber, daß die Post das sich abzeichnende Finanzdebakel abwenden kann, wenn sie jetzt Zehntausende von Wohnungen zum Quasi-Nulltarif verkabelt.

Zwar gelang es Schwarz-Schilling vergangene Woche, das Kabinett mit imposanten Hochrechnungen zu beeindrucken. Der Minister: „Das Modell rechnet sich.“ Hinterher gestand er jedoch in verblüffender Offenheit: „Ich habe auch einige Wochen gebraucht, um dies zu verstehen.“

Kann der heimliche Medienminister der Republik, so spitzt sich die Lage nun zu, sein ebenso ehrgeiziges wie eigensüchtiges Großprojekt noch einmal flottmachen, oder zerschellt das prestigebefrachtete Milliardenprogramm an den Widerständen der Politik und Ökonomie, den Launen der Konjunktur, vor allem aber an der allgemeinen Unlust?

Die Kabelkatastrophe liegt in der Luft.

Für die Union steht damit ein weiteres Stück Wende auf dem Spiel – weniger jenes, mit dem geistig-moralische Erneuerer die Wähler verkohlten, als das handfeste Kalkül machtpolitischen Zugewinns.

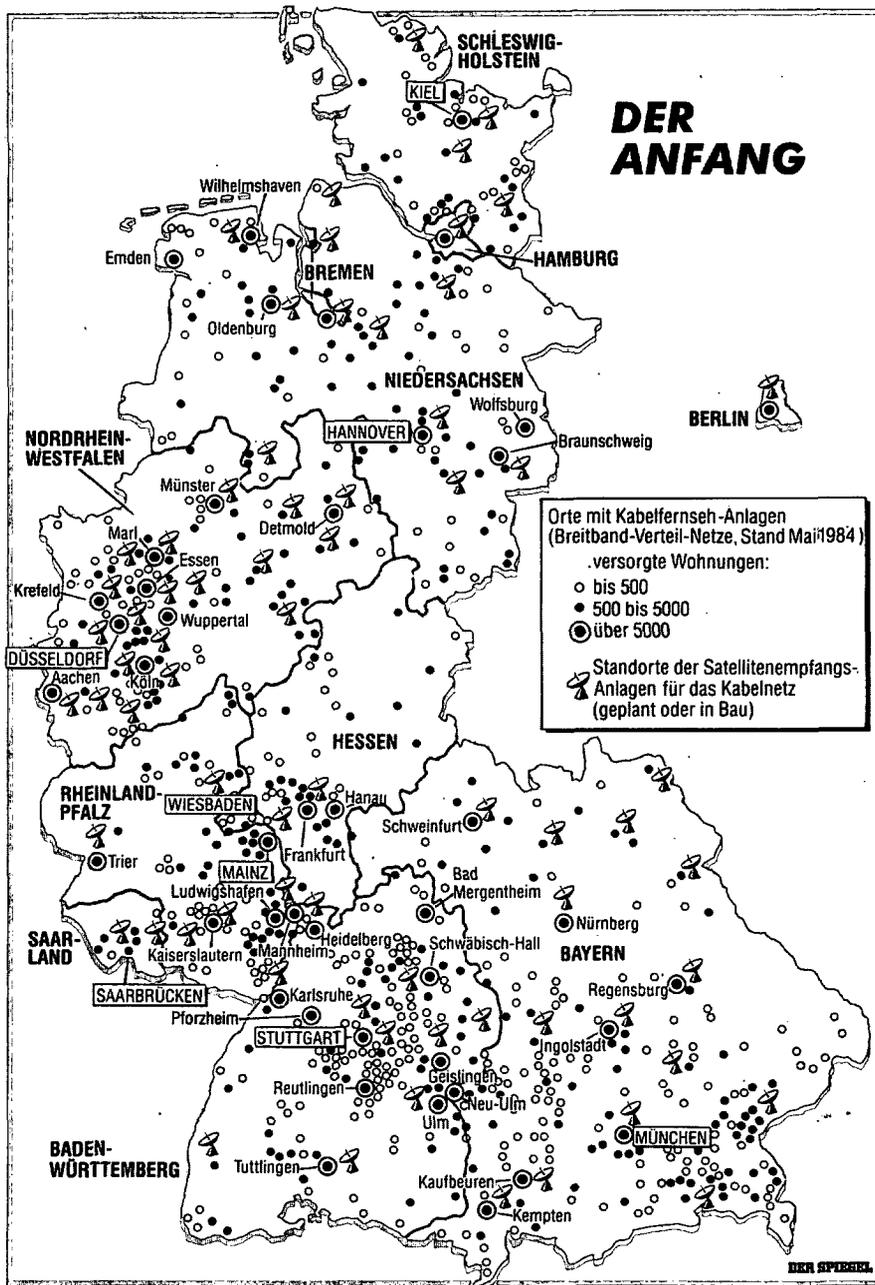
Eingerichtet sind die Kupferkabelnetze nämlich einzig zur Programmvermehrung

bei Funk und Fernsehen, nicht geeignet hingegen für Kommunikations- und Datenzwecke der Wirtschaft. Und flottmachen wollte Schwarz-Schilling vor allem neue Privatprogramme kapitalstarker TV-Veranstalter, um der SPD endlich die „politische Beeinflussung der Zuschauer“ zu verbauen, über die sich die Christenpartei jahrelang geärgert hatte.

Vom roten Feindbild beflügelt, schlug der neue Postminister gleich nach seinem Amtsantritt im Oktober 1982 eine deutliche Warnung der Experten in den Wind. „Es besteht zur Zeit kein drängender Bedarf nach einer größeren Anzahl anzubietender Fernsehprogramme“, hatte zuvor eine noch von den Sozialliberalen berufene Kommission (KtK) von Technikern, Kommunikationswissenschaftlern und Ökonomen ermittelt.

Schwarz-Schilling aber startete durch. Zwanzig bis dreißig Postmilliarden sollten in die Kabelgräben fließen, ohne ausreichendes Plan- und Datenmaterial, nur mit einigen frei gegriffenen „unternehmenspolitischen Sollvorgaben“, wie der Bundesrechnungshof kürzlich in einem Sondergutachten beanstandete (SPIEGEL 26/1984).

75 Prozent der jeweils verkabelten Haushalte, so der Fahrplan des Ministers, sollen sich binnen acht Jahren ans Netz koppeln lassen, 85 Prozent in elf und sogar 90 Prozent in 16 Jahren. Will heißen: Von der jeweiligen Fertigstellung der Kabelstränge an gerechnet, muß gut anderthalb Jahrzehnte später praktisch jede erreichbare Familie auch tatsächlich am Kabel hängen und dafür



DER ANFANG

Orte mit Kabelfernseh-Anlagen
(Breitband-Verteil-Netze, Stand Mai 1984)

· versorgte Wohnungen:

- bis 500
- 500 bis 5000
- über 5000

☉ Standorte der Satellitenempfangs-Anlagen für das Kabelnetz (geplant oder in Bau)

Zwei Millionen Kabelanschlüsse

für den Empfang von Radio- und Fernsehprogrammen hat die Bundespost in den letzten Jahren gebaut. Nur etwa jeder dritte Anschluß wird derzeit genutzt. Die Netzdichte ist sehr unterschiedlich, in den meisten Orten sind weniger als 500 Wohnungen verkabelt. Je nach Wohnlage verlangt die Post 20 bis 400 Mark Anschlußgebühren. Hinzu kommen laufende Kosten von monatlich 16,50 Mark, zusätzlich zu den üblichen Rundfunkgebühren. Dies ist jedoch erst der Anfang: Bei wachsendem Programmangebot steigen die Preise – nach oben unbegrenzt.

Größere Nachfrage verspricht sich die Post durch eine Übertragung der

ritten Programme. Die einzelnen Inselnetze (siehe Graphik) werden durch Richtfunkanlagen miteinander verbunden. Von 1985 an können beispielsweise die Programme der Nordkette in Süddeutschland empfangen werden, die Sendungen von Bayern III im Norden. Zudem plant die Post den Bau von 70 Satelliten-Empfangsstationen. Dann ist es möglich, nationale wie internationale Satellitenprogramme per Kabel zu übertragen.

Derzeit wird nur ein deutsches TV-Programm, Bestandteil des Kabelprojekts Ludwigshafen, über den Europasatelliten ECS 1 verbreitet und auch in das Kabelnetz eingespeist. Im Sommer nächsten Jahres folgen Pilotversuche in Berlin und Dortmund mit ähnlichem Programmangebot wie in Ludwigshafen (22 Kanäle).

Gebühr zahlen, sonst gehen alle Postkalkulationen nicht auf.

Diese Anschlußdichte, die laut Gutachten des Rechnungshofs „von ausschlaggebender Bedeutung“ für die Amortisation ist, beruht auf reinem Wunschdenken des Ministers. Optimistisch beruft er sich auf einige kleinere, bereits stark oder völlig verkabelte Staaten wie Holland und Belgien (Anschlußdichte: 87 Prozent).

Doch die dortigen Voraussetzungen unterscheiden sich grundlegend von der westdeutschen Mediensituation. Zum einen minimieren die großteils privaten Kabelgesellschaften in den Kleinststaaten die Anschlußkosten, indem sie Programme aus Deutschland, Frankreich und England einfach ohne Abgeltung von Urheber- und sonstigen Gebühren einspeisen (Stichwort „Medienklau“). Zum anderen sind die angestammten Landesprogramme dort weniger attraktiv als ARD und ZDF, so daß die Zuschauer fast geschlossen zum Billigkabel desertierten. Im großen und ganzen aber hat die Verkabelung in Westeuropa, wie der Bundesrechnungshof ermittelte, nur „begrenzte Bedeutung“.

In den USA erfaßte die großflächige Verkabelung bis heute immerhin gut 40 Prozent aller Haushalte. Doch die Anschlußkurve nähert sich der Sättigungsgrenze; mehr als durchschnittlich die Hälfte der Haushalte sind trotz aller Marketing-Strategien der großen Cable-TV-Gesellschaften nicht an die Anschlußbox zu holen. Für Schwarz-Schillings Amortisationspläne wäre das bei weitem nicht genug.

Während daher in England und Frankreich politische Starthilfen für einen Kabelausbau nur behutsam gegeben wurden, etwa durch Begrenzung auf bestimmte Ballungsgebiete, ging des Ministers deutsche Strategie aufs Ganze: Kabel global, Fernsehen total. Im nachhinein hat ihn der Bundesrechnungshof dafür, „in Umgangssprache übersetzt“, die „Süddeutsche Zeitung“, „schlicht zum Abenteuer erklärt“.

Im Namen der Post habe der Minister, so wiesen ihm die Frankfurter Prüfer nach, erhebliche betriebswirtschaftliche Risiken ohne ausreichende Marktanalysen für fundierte Unternehmensentscheidungen in Kauf genommen und sich dabei um Milliardenbeträge verkalkuliert. Noch im letzten Jahr gab Schwarz-Schilling die reinen Postinvestitionskosten fürs Kabel mit 13,5 Milliarden Mark an, die Rechnungsprüfer ermittelten jedoch weit über 21 Milliarden. Differenz: 7,8 Milliarden Mark.

Der Minister schob die massive Rüge beiseite und lamentierte, er sei wieder mal falsch verstanden worden. In Wahrheit habe er schon immer von Kosten zwischen 20 und 30 Milliarden Mark gesprochen. Gemeint hatte er damit aber immer die Gesamtkosten des Kabelfernsehens einschließlich TV-Satelli-

„Besondere Verdienste um die neuen Medien“

Wie christdemokratische Politiker das Kabel- und Satellitenfernsehen voranbringen

Für die einen – die (meist) christdemokratischen Politiker – sind die neuen Medien über Kabel und Satellit die Erfüllung eines Traums, mit privatwirtschaftlichen Mitteln privates Fernsehen möglich zu machen. Für andere – das mittelständische Elektronik-Gewerbe etwa – ist es Lohn und Brot. Für einige wenige ist es die Chance, Einfluß auf Programme und Programmgestaltung in Rundfunk und Fernsehen zu nehmen – Mittel auch, um die bestehende ARD/ZDF-Kultur aufzuweichen.

Christian Schwarz-Schilling, jetzt 53, wollte, bevor er am 4. Oktober 1982 zum Postminister ernannt wurde, alles gleichzeitig. Er war Medienspezialist der CDU und leitete die Enquete-Kommission „Neue Informations- und Kommunikationstechniken“ des Bundestages. Er war über seine Frau Marie-Luise, der die mittelständische Batteriefabrik „Sonnenschein“ im hessischen Büdingen gehört, beteiligt an der – vorwiegend mittelständischen – Projektgesellschaft für Kabel-Kommunikation (PKK), die in der Kabeltechnologie das große Geschäft sah.

Und Schwarz-Schilling forcierte, zusammen mit seinem Parteifreund Bernhard Vogel, das Kabelpilotprojekt Ludwigshafen. Der rheinland-pfälzische Ministerpräsident schuf dafür 1980 mit seiner Unterschrift unter ein Landesgesetz und 1983 mit einer Landesverordnung „über einen Versuch mit Breitbandkabel“ die rechtlichen Voraussetzungen.

Im Eifer gingen dem vielbeschäftigten christdemokratischen Politiker Schwarz-Schilling ein paar Dinge durcheinander: Auf seine Empfehlung lud das Parlament einige Experten in den Medien-Ausschuß, die den Abgeordneten Zukunftsperspektiven der projektierten Kabelkommunikation erläutern sollten. Der Zufall wollte es wohl, daß die Gutachter Heinz-Jürgen Bien und Volker Remme mit Schwarz-Schilling geschäftlich eng verbunden waren – auch sie waren Anteilseigner der PKK.

Die Verfilzung hinderte Schwarz-Schilling nicht daran, auch als Minister nach Aufgabe seiner PKK-Anteile mit dem Unternehmen verbunden zu bleiben. PKK-Experten gingen im Postministerium ein und aus; in einer seiner ersten Amtshandlungen entschied Postminister Schwarz-Schilling, die Kernstadt von Neustadt an der Weinstraße zu verkabeln und die Kupferleitungen mit dem Kabelpilotprojekt Ludwigshafen zu verbinden. Die PKK bewarb sich um den Auftrag, konnte ihn aber nicht erhalten, nachdem Schwarz-Schillings geschäftliche Kabelaktivitäten aus seiner Ab-



CDU-Politiker Schwarz-Schilling, Vogel* Privates Fernsehen aus der Staatskanzlei?

geordnetzeit bekanntgeworden waren.

Die Hoffnungen derer, die im privaten Fernsehen unverdrossen ein Geschäft sehen, ruhen derzeit auf der Ludwigshafener Anstalt für Kabel-Kommunikation (AKK). Sie versorgt die inzwischen 5000 angeschlossenen Kunden – laut Landesgesetz sollen es 30 000 Teilnehmer sein – mit zehn Fernseh- und vier Kundfunkprogrammen zusätzlich, finanziert durch (spärliche) Werbeeinnahmen und mit einem 100-Millionen-Mark-Darlehen der rheinland-pfälzischen Landesbank. In deren Verwaltungsrat sitzen aus dem Mainzer Vogel-Kabinett der rheinland-pfälzische Finanzminister Carl-Ludwig Wagner und Innenminister Kurt Böckmann.

Geschäftsführer der AKK ist Claus Detjen, der vorher die Geschäfte des deutschen Zeitungsverlegerverbandes führte. Die AKK sprach am 28. März 1984 auf Betreiben des Mainzers Vogel einer Arbeitsgemeinschaft vor allem von deutschen Zeitungsverlegern und der Frankfurter Programmgesellschaft für Kabel- und Satellitenrundfunk (PKS) die Senderechte am Europäischen TV-Satelliten ECS 1 zu.

Der vielseitige Geschäftsführer Claus Detjen wurde am 29. April 1982 mit

* Mit einem Modell des ECS-Satelliten in der Ludwigshafener AKK-Sendezentrale.

Wirkung zum 1. Januar 1983, nachzulesen in Ziffer 21788 des Handelsregisters Frankfurt, zum Geschäftsführer auch der privaten PKS berufen. Die gehört (jetzt über eine Tochter) dem Deutschen Genossenschafts- und Raiffeisenverband und hat, gemeinsam mit der AKK, die Ludwigshafener Sendezentrale neben dem alten Schlachthof gemietet.

Die PKS betreibt zusammen mit der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ („FAZ“) ein Vollprogramm im AKK-Pilotprojekt. Dem SPIEGEL versicherte Detjen, er habe sein Amt bei der PKS nie angetreten, eine Interessenskollision liege nicht vor.

In einem Brief nach der Sitzung der Aufsichts- und Entscheidungsgremien der AKK am 28. März nannte Geschäftsführer Detjen die PKS/„FAZ“-Fernsehmacher einen „wichtigen Programmveranstalter, der ... wesentlich zum bisherigen Erfolg des Kabelpilotprojekts beigetragen hat“. Die Nachrichten kommen von der „FAZ“, Kinder- und Jugendsendungen vom Ravensburger Otto Maier-Verlag; der größere Rest sind Spielfilme, Shows, Serien, die von der PKS geliefert werden.

Ein Geschäftsführer bei der privaten PKS, der sein Amt antrat, ist Jürgen Doetz, der im Handelsregister als „Kaufmann“ vorgestellt wird. Mit diesem Beruf war er vorher nicht aufgefallen – da war er stellvertretender Sprecher der rheinland-pfälzischen Landesregierung.

In der Akte der Firma findet sich auch die Adresse des privaten Media-Planers: Mainz, Peter-Altmeier-Allee 1. Das ist der Sitz der rheinland-pfälzischen Staatskanzlei.

Wie gut die Beziehungen zwischen AKK, PKS und Landesregierung funktionieren, zeigt ein Beschluß der AKK vom 28. März: „Die AKK bittet den Ministerpräsidenten von Rheinland-Pfalz, Dr. Bernhard Vogel, bei den Beratungen der Länderchefs darauf hinzuwirken, daß auch die Nutzung zukünftiger Satellitenkapazitäten über die AKK erfolgen soll.“ Ob Vogel die Bitte erhört?

Weder der Ministerpräsident noch seine Staatskanzlei reagierten bisher auf eine Beschwerde des PR-Kaufmanns Werner Reuter aus Speyer, der sich über die AKK gerne an den Programmen des Satelliten ECS 1 beteiligen wollte.

Am 2. März forderte die AKK alle „Programmveranstalter und Programminteressenten“ auf, Anträge für Sendezeiten auf diesem Kanal bis zum 19. März vorzulegen. Sie sollten sich über Sendezeit, Inhalt und Struktur ihrer Programme erklären und ihre Finanzlage erläutern.

76 Programmgestalter gaben ihre Anträge ab, von denen sich laut AKK etliche „zeitlich und inhaltlich“ überlagerten. Daher forderte die AKK am 26. März die Interessenten auf, ihre Angebote abzustimmen – doch da war es längst zu spät: Am 28. März wurde der ECS-Kanal der Arbeitsgemeinschaft aus Zeitungsverlegern und PKS zugeweiht. Seit 1. April schon transportiert der Satellit das PKS/„FAZ“-Programm in das 350 Kilometer entfernte München, ins dortige Kabelverbundnetz.

In einem Protestbrief an Bernhard Vogel und in einer Klage vor dem Verwaltungsgericht Neustadt äußert Reuter den Verdacht, bei den AKK-Entscheidungen sei es nicht mit rechten Dingen zugegangen; „aus irgendwelchen Gründen“ sei das Konsortium vor einzelnen Bewerbern bevorzugt worden.

Und Reuter, der über Satellit selbst gerne mit einer regelmäßigen Touristik-Sendung zum Zug gekommen wäre, erinnert Vogel daran, daß der Regierungschef „Vorschußlorbeeren für besondere Verdienste um die Einführung der neuen Medien“ bereits angenommen habe – den „Bambi“-Preis, gestiftet vom Burda-Verlag. Der wollte immer schon Privat-TV machen und gehört zum ECS-Konsortium, das nun in Ludwigshafen und München senden darf.



AKK-Geschäftsführer Detjen
„Keine Interessenkollision“

ten, Richtfunkstrecken und aller Arbeiten auf Privatgrundstücken – und die betragen nach übereinstimmenden Expertenurteilen, etwa bei der Fernmeldeindustrie, mindestens 50 Milliarden Mark.

Die „Süddeutsche Zeitung“ führt Schwarz-Schillings Rabulistik auf „sein zweifellos gestörtes Verhältnis zur Wahrheit“ zurück: Das Maß an „Tatsachenverdrehung, an Verschleierung von entscheidenden Daten und an persönlicher Arroganz“, mit dem er das Rechnungshofgutachten abgetan habe, sei „kaum noch zu überbieten“. Die SPD sieht in dem „medienpolitischen Hobbyreiter“, so Rudi Walther, Vorsitzender des Haushaltsausschusses im Bundestag, „eine Gefahr für die Bundespost“.

Das ist nicht aus der Luft gegriffen. Zwar sind die Postkassen noch satt gefüllt. Für 1984 errechneten Schwarz-Schillings Buchhalter 1,5 Milliarden Mark Gewinn. Die Erfolgskurve zeigt jedoch steil abwärts: 1986 ist ein Minus von 1,4 Milliarden Mark zu erwarten. Die Postler sind die größten Schuldener der Nation: Im laufenden Jahr investieren sie rund 15 Milliarden Mark. Das Geld müssen sie sich zum Teil durch Kredite besorgen, allein in diesem Jahr drei Milliarden Mark. Der gewaltige Schuldenberg wächst schier unaufhaltsam weiter: Derzeit sind es weit über 40 Milliarden Mark.

Dies sei nicht mehr nur Sache des Postverwaltungsrates, der rechtlich für die Genehmigung des Posthaushalts zuständig ist, warnt der FDP-Abgeordnete Burkhard Hirsch: „Jetzt ist auch der Bund gefordert, als Garant für die Bundespost.“ Er frage sich, so der ehemalige nordrhein-westfälische Innenminister, „ob die Verschuldung der Post überhaupt noch über die Banken finanzierbar ist“.

Ein Warnsignal kommt aus Mainz. Die Landesbank Rheinland-Pfalz, zur Vorfinanzierung des Ludwigshafener Kabel-Pilotprojekts verpflichtet, muß dafür 70 bis 100 Millionen Mark aufbringen. Doch die Zuschauer-Entwicklung ist katastrophal (rund 5000 statt der gesetzlich vorgesehenen mindestens 30 000 Anschlüsse), die Einnahmen bleiben minimal, und die Landesbank muß ihre Vorleistung wegen anderweitiger Fehlinvestitionen womöglich schuldig bleiben. Dies könnte das vorzeitige Ende des ersten Kabelfernsehunternehmens in der Bundesrepublik bedeuten.

Die Großbanken haben Schwarz-Schilling bereits gewarnt, sein Staatsbetrieb habe nur noch begrenzten Spielraum für Bankkredite. Im Postverwaltungsrat mahnte Ende letzten Jahres Friedrich Wilhelm Christians, Vorstandssprecher der Deutschen Bank, der Bogen sei bald überspannt. Christians: „Die Finanzstruktur der Bundespost verschlechtert sich weiter.“ Die gigantische Schuldenlast sei eine „schwere Hypothek“; es bleibe im ungewissen, wo die



Kabel-Kritiker Friedmann
„Pläne stark zurückschneiden“

Post neue Einnahmequellen erschließen wolle.

Der klassische Fernsprech-Service etwa, aus dessen Überschüssen die Post ihre Löcher im Brief- und Paketdienst stopfen konnte, läßt sich kaum noch ausbauen.

Dabei steht die Post vor wichtigen Großinvestitionen, die für die Wirtschaft dringlicher sind als die Medienkabel, etwa die Digitalisierung des Fernsprechnetzes, mit deren Erprobung 1985 begonnen wird.

Das ISDN-System (Integrated Services Digital Network) wird für alle Fernmelde- und Datendienste nutzbar sein. Für Telephone, Computer, Bildschirmtext, Fernkopierer und Telex ist dann nur noch ein einziger Anschluß erforderlich. Da die Postmilliarden jedoch wegen der Rundumverkabelung blockiert sind, verzögert sich der Ausbau des ISDN-Systems.

Zwar prüft der Postminister, ob die ausschließlich für die Radio- und Fernsehübermittlung vorgesehene Kupferverkabelung sich mit dem davon unabhängigen ISDN kombinieren läßt. Er könnte dann nämlich die Kosten für das rentable ISDN-Netz mit den Kosten der unrentablen TV-Verkabelung vermischen, um das Finanzierungsdebakel seiner Kabelfernsehpläne zu vertuschen.

Jeder Versuch aber, so bestätigen auch bislang loyale Spitzenbeamte im Postministerium, den Verteilnetzen eine zusätzliche Funktion aufzupropfen, führe nicht nur zu einer „technischen und ökonomischen Krampflosung“, sondern verzögere auch den notwendigen Ausbau des Fernmeldenetzes. Sachkundige Kritik aber ist das letzte, was Schwarz-Schilling hören will. Er verordnet seinen höheren Beamten Seminare zur „Einhaltung des Loyalitätsprinzips“.

Auch für traditionelle Postbereiche bleibt, wegen der Kosten für die Medien-

kabel, nicht mehr viel übrig. Allein der Paketdienst bringt jährliche Verluste von einer Milliarde Mark. Postexperten haben errechnet, daß die Telephonenteilnehmer jedes Paket mit vier Mark subventionieren.

Bei der Briefpost ist der Service, trotz der übermäßigen Gebühren, immer schlechter geworden. Angeregt von der Behauptung des Postministers, 91 Prozent der Briefe erreichten einen Tag nach Aufgabe ihren Empfänger, wertete die nordrhein-westfälische Verbraucherzentrale im Frühjahr insgesamt 866 eingehende Sendungen nach Poststempeln aus. Ergebnis: Jeder vierte Brief war zwischen vier und neun Tagen unterwegs. Langläufer waren vor allem jene Briefe, die am Freitag aufgegeben wurden – nur in wenigen Fällen kamen sie schon montags an.

Die Ungereimtheiten waren dem Verband der Postbenutzer Grund genug, Dienstaufsichtsbeschwerde bei Kanzler Kohl zu führen. Verbandssprecher Wilhelm Hübner: „Seit Schwarz-Schillings Amtsantritt hat sich die Situation mehr und mehr verschlechtert.“

Dieses Hinweises hätte es nicht bedurft. Kohl weiß, in welcher Bredouille sein Minister steckt.

Zwar hat sich der Kanzler kaum je in die Kabeldiskussion eingemischt. Er ließ seinen Christian von der Post weiterwursteln, selbst dann noch, als im Kanzleramt Warnungen aus der eigenen Partei eintrafen, der Minister verrenne sich im Kabelschlingel.

Kohl reagierte erst, als die Pressekommentare über Schwarz-Schillings Postpolitik so ätzend geworden waren, daß er ernsthaften Rufschaden für die Koalition befürchten mußte.

Vorsorglich rüffelte Kohl seinen Minister vor versammelter Kabinettsmannschaft: Wer immer wieder Negativschlagzeilen produziere, mache seinen Posten nicht unbedingt sicherer. Doch Kohl läßt, einstweilen, keinen der Seinen fallen. Erst letzte Woche versprach er öffentlich seinem Postminister Unterstützung.

Wie einsam es jedoch im Parlament um Schwarz-Schilling geworden ist, zeigte sich in der letzten Bundestagsdebatte vor der Sommerpause.

Die CDU-Führung hatte den Minister vor zwei Jahren ins Post-Amt geholt und große Erwartungen in ihn gesetzt. Nun

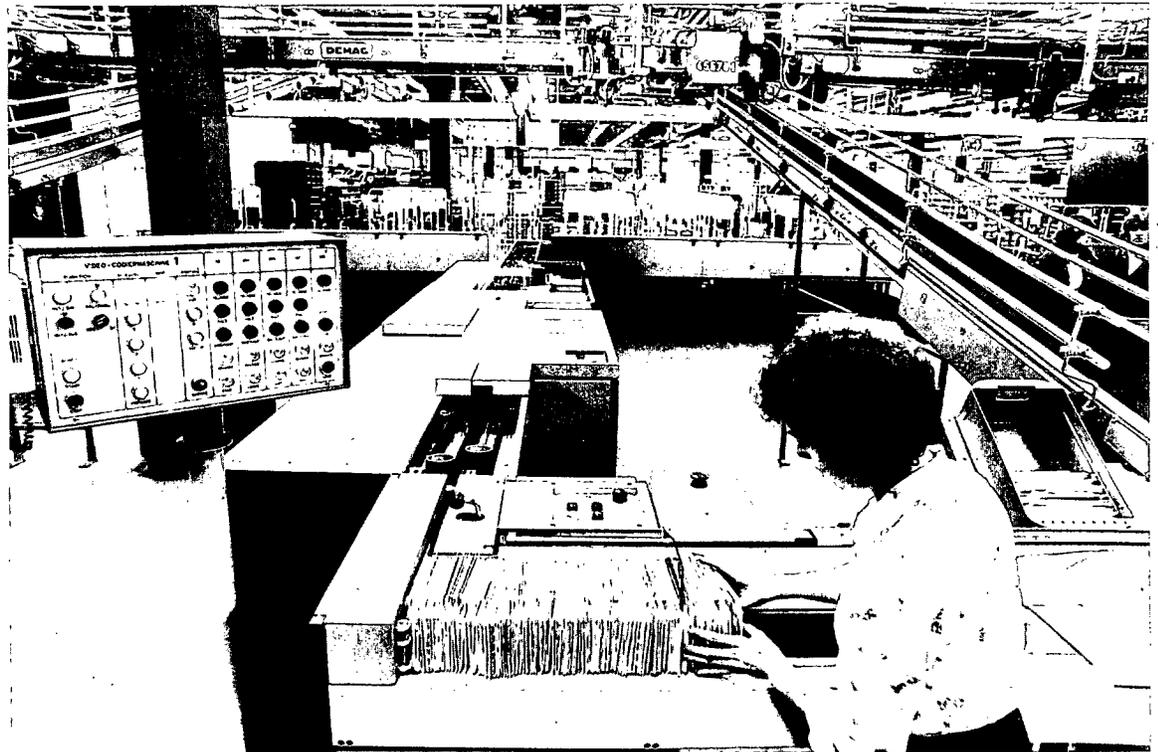
rührte sich für ihn in der Unionsfraktion kaum noch eine Hand gegen die 25. Rücktrittsforderung der Opposition – Parteifreund Dieter Weirich führt darüber Buch. Weirich, medienpolitischer Fraktionssprecher, bescheinigt dem Minister zwar „ein Computerhirn“, hält ihm aber auch vor, er verbeiß sich zu häufig in Details und verlasse die große Linie.

Andere werden noch deutlicher: Die Aktionen des Ministers, so die Kritik von Unionspolitikern, glichen allmählich einem Amoklauf. Er verstehe es nicht, seine Entscheidungen politisch abzusichern, stoße die eigenen Parteifreunde vor den Kopf und habe durch seinen Eigensinn auch bei der

garter CDU-Parteitag im Mai warnte er „Neugierige, nun alles Heil von den neuen Medien zu erwarten“. Kohl: „Ich sage es ganz direkt: Wenn ich manche Druckerzeugnisse von manchen Verlagen beobachte, kann ich nicht glauben, daß die Medienlandschaft dieser Verlage anders als die Druckerzeugnisse sein wird, die sie seit Jahrzehnten geliefert haben.“

In der Unionsfraktion, die sich stets bemüht, Geschlossenheit zu zeigen, verbirgt sich die Kritik hinter vordergründiger Solidarität.

Im Post- und Fernmeldeausschuß sowie im Haushaltsausschuß des Bundestags faßten die Koalitionsmehrheiten Ende Juni Alibibeschlüsse: Einerseits



Automatischer Briefverteiler (In Frankfurt): Der Service wird immer schlechter

Wirtschaft seinen Sympathiebonus verwirtschaftet.

Der Unionsabgeordnete Josef Linsmeier nannte Schwarz-Schillings Kabelegar ein „Crash-Programm“ – wenn er auch die Schuld an den Kalamitäten der Vorgängerregierung gab.

Der CDU-Abgeordnete und Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses Bernhard Friedmann, der dem Postminister die Frankfurter Finanzkontrolleure ins Haus geschickt hatte, forderte, die Kabelpläne müßten „stark zurückgeschnitten werden“. Er mahnte den Minister, die Post solle vor allem die Technik der direktabstrahlenden Satelliten nutzen.

Obwohl der Kanzler nach außen hin die Kabelpläne voll unterstützt, scheinen auch ihm Zweifel ob der ungebremsten Begeisterung für das Kabelfernsehen gekommen zu sein. Auf dem Stutt-

wurde der Rechnungshof-Bericht übereinstimmend als „wertvolle Hilfestellung“ begrüßt, zum anderen Schwarz-Schillings Kabelprogramm gutgeheißen – mit der Mahnung, „mittel- bis langfristige die Rentabilität sicherzustellen“ (Postausschuß).

Mit gewohnter Fixigkeit versteckte sich der Postminister hinter neuen Argumenten und Zahlenspielen, um aus der Schußlinie zu kommen. Vor allem reduzierte er das bis dahin praktisch unbegrenzte Projekt der „flächendeckenden Verkabelung“ auf eine Art Schwerpunktprogramm einer nur noch „großflächigen Verkabelung“.

Nun ist es für ihn plötzlich „kaum vertretbar, eine Vollverkabelung der gesamten Bundesrepublik durchführen zu wollen“, obwohl er gerade sie, „die nahezu flächendeckende Verkabelung der Bundesrepublik Deutschland“

(Schwarz-Schilling im Bundestag), immer propagiert hatte.

Es sei „unabdingbar, für locker bebaute Bereiche andere Lösungen zu finden“ – so lautet sein neuestes Credo. Damit fallen mindestens zwanzig Prozent der westdeutschen Gebäude, Einzelhäuser in Vororten und ganze ländliche Gebiete, aus dem Kabelvorhaben heraus.

Von der Netzkonzentration auf dichter besiedelte Gebiete erhofft sich Schwarz-Schilling bessere Erträge. Je mehr Wohnungen am sogenannten Übergabepunkt für jedes Haus hängen, um so mehr Gebührenzahler kann er an der einzelnen Strippe abkassieren. Doch gerade in Mehrfamilienhäusern ist die Abneigung der Bewohner gegen den Kabelanschluß, laut Meinungsumfragen, „besonders stark ausgeprägt“.

Im Post- und Fernmeldeausschuß des Bundestages versicherte Schwarz-Schilling sogar, er wolle nur noch Gebiete mit durchschnittlich drei Wohneinheiten pro Übergabepunkt verkabeln lassen. Prompt rechneten SPD-Parlamentarier nach, daß dann praktisch nur noch das Ruhrgebiet und die Zentren einiger anderer Ballungsgebiete für die Verkabelung in Frage kämen.

Schon in Städten wie Bonn, Osnabrück und Bremen würde wegen geringerer Bebauungsdichte die Quote von durchschnittlich drei Wohnungen je Übergabepunkt nicht erreicht. Wäre die verkündete Vorgabe also ernst gemeint, was bei Schwarz-Schilling allerdings nie sicher ist, ließe sich für die Verkabelung der Republik bereits ein Ende auf Raten absehen.

Wie schon früher verfiel sich der Minister bei seinem Ausweichversuch gleich wieder in neuen Schlingen. Diesmal geriet er ernsthaft über Kreuz mit der Medienpolitik der CDU-Länder. Im Vertrauen auf die Vollverkabelung hatten die christdemokratischen Ministerpräsidenten ihre Pläne nämlich auf Landesprogramme für Privatveranstalter angelegt. Die erste Rechtsgrundlage für privaten Rundfunk in Westdeutschland, das Mitte Mai verabschiedete niedersächsische Rundfunkgesetz, gestattet beispielsweise die Zulassung von Hörfunk- und Fernsehprogrammen ausdrücklich nur dann, wenn jedes von ihnen „nach seinem Inhalt auf eine mindestens landesweite Verbreitung ausgerichtet“ sei.

Überdies könnten Programm-Macher in Schwarz-Schillings neuerdings verkleinerten Kabelreservaten kaum existieren, weil sie, zum Schutz der Heimatpresse, in lokal begrenzten Kabelnetzen keine Fernsehwerbung akquirieren dürfen. Das schöne neue Mediengebäude der Union mit den vielen Privatprogrammplänen (Ernst Albrecht: „Sechs, sieben, acht, neun, zehn Fernsehprogramme“) gerät ins Wanken. Und einigen hundert angefangenen Kabelprojekten steht eine ungewisse Zukunft bevor.



Kabel-Kritiker Walther
„Medienpolitischer Hobbyreiter“

Erfahrene Kabelpraktiker und Neu-Medien-Experten – nicht nur oppositionelle Skeptiker – haben frühzeitig vor blindem Eifer gewarnt, mit dem der Postminister den von ihm vertretenen Interessen nun massiv schadet. „Erst allmählich spricht sich herum“, spöttelte Helmut Lenhardt, Wiener Kabelmanager und früher kaufmännischer Direktor des Österreichischen Rundfunks, daß Kabel- und Steckdosenarbeiten in den Häusern „alles eher als ‚Verkaufsschlagere‘ sind“. In anderen Ländern übernehmen gesonderte Operating- und Vertriebsgesellschaften den Programmverkauf und nicht, wie hierzulande, Postbeamte und Installateure.

Lokalprogramme könnten ohne attraktives „Umfeld“ auf dem Bildschirm nicht existieren, stellt der Berater des Ludwigshafener Pilotprojekts klar, doch auch die „flächendeckende Verkabelung... ist wirtschaftlich nicht zu vertreten“, ebensowenig die „rein schematische“ Erfassung von Wohngebieten mit höherer Bebauungsdichte. Lenhardt: „Keine Investitionen ohne vorausgegangene Markterkundung.“ Doch auch dann, so die „durchschnittlichen österreichischen Erfahrungen“, sei nicht mehr zu erwarten als eine Teilnehmerdichte von 25 bis 30 Prozent – womit so ziemlich alle Fehler und Fehleinschätzungen Schwarz-Schillings beschrieben sind.

Die vielfältigen Gefahren seiner Netzakrobatik hat der Minister selbst frühzeitig erkannt. Die großflächige Verkabelung von Ballungsgebieten, die zuvor von der SPD/FDP-Regierung geplant und dann doch verworfen worden war, sei „technisch wahrscheinlich schon überholt“, gestand er im vorletzten Oktober, sechs Tage nach seiner Vereidigung, Axel Springers „Welt am Sonntag“. Und im SPIEGEL räumte er damals ein, dieses Vorhaben lasse sich „nach dem heutigen Stand nicht mehr“ realisieren.

Der Grund war die absehbare Entwicklung der „leistungsfähigeren Glasfaserkabel“ (Schwarz-Schilling), die, im Gegensatz zu den herkömmlichen Kupferkabeln, eine Kombination der Programmverteilung mit der Daten- und Geschäftskommunikation ermöglichen. Würde Schwarz-Schilling mit der flächendeckenden Verbreitung der Kupferkabel beginnen, so zeichnete es sich schon damals ab, riskierte er die demnächst fällige Nachrüstung derselben Gebiete in der moderneren Glasfasertechnik – eine gigantische Doppelausgabe.

Selbst aus Japan drang in die deutsche Wirtschaftspresse die Kunde, die Bonner Entscheidung fürs schnell alternde Kupferkabel würde dort, bei japanischen Kommunikationskonzernen, „als lang-

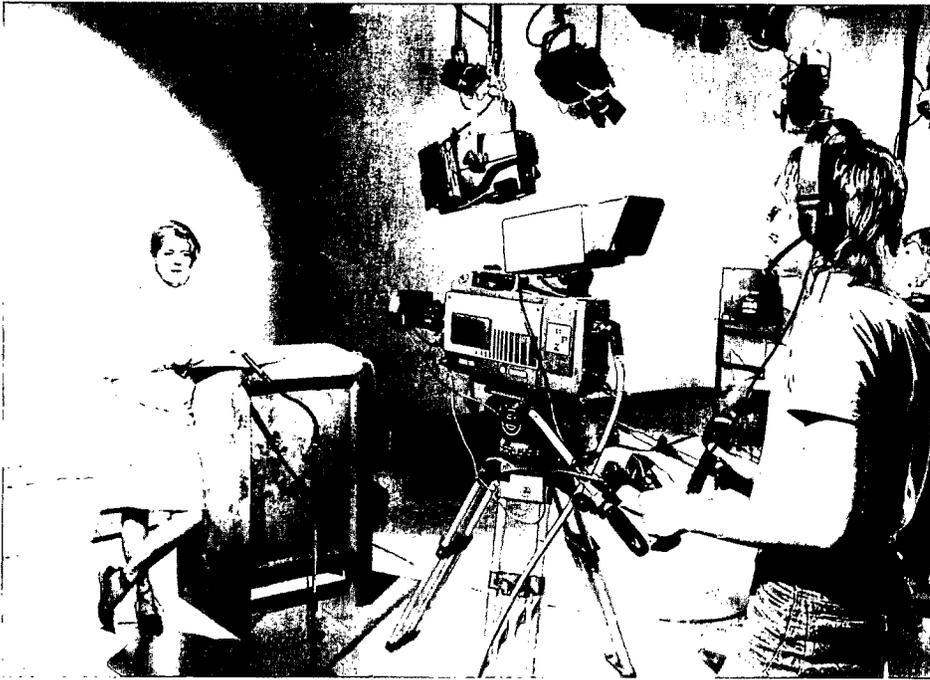


Kabel-Befürworter Weirich
„Ein Computerhirn“

fristig falsche Weichenstellung gewertet“.

Im Handumdrehen stellte Schwarz-Schilling die Weichen dann doch auf seine kurzfristigen Ziele um. Unter dem Erwartungsdruck seiner eigenen Partei, der er fortwährend neue Programme und einen – angeblich von der SPD blockierten – Investitionsstau „von jährlich etwa fünf Milliarden Mark“ vorgegaukelt hatte, setzte er sich über alle Zweifel hinweg und brachte die Post auf Kupferkurs.

Die Glasfaserkabel kämen – gegen Ende der achtziger Jahre – zu spät, argumentierte er gegen den technischen Fortschritt. Würde die Post bis dahin warten, wären die an der Verkabelung beteiligten Unternehmen „schon alle pleite gegangen“. Dabei weiß der Fachmann, zuvor Geschäftsführer der familieneigenen Accumulatorenfabrik Son-



Kabelprojekt München: „Nur CSU und Kommerz“

nenschein, genau, daß sich die Amortisationspläne für die Kupfernetze bis weit ins kommende Jahrtausend erstrecken. Bis dahin aber ist die Glasfaser-Investition längst fällig.

Die leichtfertige Taktik, die technisch-finanziellen Folgen seiner hastigen Medienpolitik einfach auf kommende Generationen abzuwälzen, geht jedoch nicht auf. Zu viele Widersprüche seines Konzepts holen den Kabelminister schon heute ein.

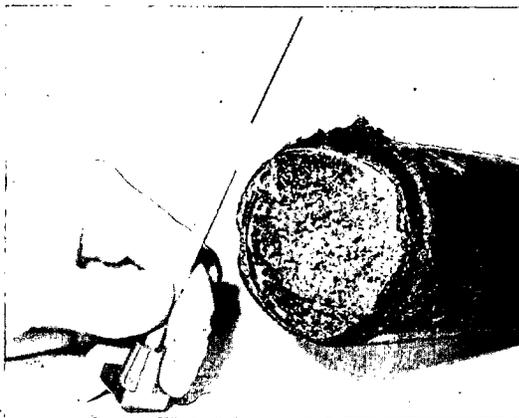
Nicht nur seine eigenen großen Pläne bleiben stecken. Auch die bisher gewonnenen Erkenntnisse bei den Kabel-Pilotprojekten der Bundesländer in Ludwigshafen und München weisen in die gleiche Richtung: Während Post und Handwerk mit der Technik im Verzug sind, hält sich das Publikum hartnäckig zurück.

▷ Im Ludwigshafener Versuchsnetz mußte die Bundespost, weil sie die Kapazität ihrer Kabel überschätzt hatte, für die 22 übertragenen Programme einen zweiten Kabelstrang nachlegen. Zugleich aber zeigten sich beim Stand von rund 5000 Anschlüssen erste „Ermüdungserscheinungen“ (Ministerpräsident Vogel) der Programmanbieter wegen aussichtsloser Defizite.

▷ In München startete das Pilotprojekt am 1. April mit ganzen 500 Teilnehmern und brachte es bislang auf knapp 2000 Anschlüsse. Die CSU-Landesregierung legte – wie inzwischen auch die Mainzer Staatskanzlei – einen Gesetzentwurf vor, der durch die Verbreitung der Versuchsprogramme über das Testgebiet hinaus einen schnelleren Zuschauerzuwachs auch in anderen Kabelnetzen des Landes ermöglichen soll. Die Stadt München aber zog sich als Pro-

grammanbieter zurück, weil laut Oberbürgermeister Georg Kronawitter (SPD) bei der Pilotgesellschaft MPK „nur CSU und Kommerz“ das Sagen hätten.

Nicht besser steht es um die – von Schwarz-Schilling mit Brio angekündigten – Kooperationsmodelle mit dem Handwerk, mit denen er privatwirtschaftliche Kabelmilliarden mobilisieren wollte. „Die können Sie vergessen“, erklären niedersächsische Rundfunktech-



Glasfaser-, Kupferkabel
„Falsche Weichenstellung“

niker lakonisch. „Wir sind sehr enttäuscht“, bestätigt auch Innungsobermeister Georg Rauch in Braunschweig, „vor allem ältere Leute kriegen Sie überhaupt nicht ran.“

„Zeigen Sie mir die Handwerker“, wettete Kollege Reinhold Holtstiege aus dem Münsterland, „die an der Verkabelung bisher 50 000 Mark verdient haben.“ Wenn's hoch komme, seien es fünf im ganzen Bundesgebiet.

Holtstiege, CDU-Mann und „jeden Sonntag in der Messe“, wie er bekennt, zieht derzeit bundesweit in einer Seminarreihe für Fernsehtechniker gegen die Kabelpolitik seines Parteilandes Schwarz-Schilling zu Felde. Die Bundespost, beobachtete der Handwerksprecher für Satellitenfragen, werde „von der Entwicklung laufend überrollt“ – neuerdings von der Satellitentechnik.

Gerade die Verteilung möglichst vieler Fernsehprogramme vom Orbit übers ganze Land wollte sich Schwarz-Schilling für seine Kabelnetze zunutze machen. Aber er machte einen gigantischen Fehler: Er ließ die Zukunftstechnik der Direktsatelliten außer acht, weil die, für den Empfang per Hausantenne konstruiert, ohne die Drähte der Post auskommen.

Statt dessen setzte der Minister auf leistungsschwächere Fernmeldesatelliten, die ohne Großantennen und Kabelnetze nicht empfangbar sind. Die von ihnen abgestrahlten Programme, so sein Konzept, sollten als Lockangebot das Publikum ans Kabel holen.

So gewann er das Zeitungsverlegerkonsortium für ein privates Satellitenprogramm, das derzeit von Ludwigshafen aus versuchsweise über den europäischen Fernmeldesatelliten ECS 1 gesendet wird. Auch zwei britische Programme und das frankophone TV 5 senden derzeit vom Europa-Trabanten, um den Veranstaltern Erfahrungen mit dem Satellitenfernsehen zu bringen. Die Schweiz und Österreich haben sich mit dem ZDF ebenfalls auf ein zusätzliches TV-Programm geeinigt, das von Dezember an über Kabel empfangen werden kann. Zwischen 18 und 24 Uhr werden über einen ECS-Kanal Zusammenschnitte aus den nationalen Programmen der drei beteiligten Länder ausgestrahlt (siehe Kasten Seite 50).

Doch alle Verheißungen einer künftigen Programmvermehrung, berichten landauf, landab die Rundfunkmechaniker, könnten die Kundschaft nicht in genügender Zahl zum Kabelanschluß bewegen. „Diejenigen, die immer alles Neue haben wollen, sind zwar euphorisch“, sagt Fernsehtechniker Knut Schlanert im Weserort Holzminden, „aber das sind vielleicht zehn Prozent – der Rest bleibt skeptisch und rechnet mit steigenden Gebühren.“

Ähnliche Erfahrungen mit den Einheimischen machte auch Fernsehtechniker Peter Jubitz im hannoverschen Vorort Laatzen: „Die fragen nur, wann kommt Luxemburg.“ Das mache „allein der Name dieses Senders“, sagt Schlanert, „der entwickelt einen regelrechten Sog“.

Radio Luxemburg (RTL) aber wird von Schwarz-Schillings Fernmeldesatelli-

Kabel-Abc: Drähte oder Satellit?

ECS: „Europäischer Kommunikationssatellit“; nur über Kabel zu empfangen. Derzeit werden über den „ECS 1“ ein deutsches, ein französisches (TV 5) und zwei englische Programme (Music Box, Sky Channel) im Rahmen von Pilotprojekten ins

trale für das Kabel-Pilotprojekt Ludwigshafen/Vorderpfalz/Worms.

MPK: Gleichartige Sendezentrale wie AKK für das Kabelprojekt München.

PKS: Programmgesellschaft für Kabel- und Satellitenrundfunk des Genossenschafts- und Raiffeisenverbandes; betreibt mit Nachrichtenbeiträgen der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ in Ludwigshafen ein Programm über Kabel und über den ECS-Satelliten. Das Programm wird am 1. 1. 1985 mit einem Verlagskonsortium (vor allem Springer, Bauer,



TV-Sat-Modell
Ohne die Drähte der Post

Kabel gespeist. Die Bundespost mietete zwei der neun ECS-Kanäle, einen für das Programm von PKS und Zeitungsverlegern; den zweiten für das ZDF, das vom 1. Dezember an zusammen mit dem österreichischen und dem Schweizer Fernsehen täglich zwischen 18 und 24 Uhr einen Zusammenschritt („3 Sat“) der nationalen Programme der drei beteiligten Länder senden wird.

TV-Sat: Programme von Satelliten, die über private Einzel- oder Gemeinschaftsantennen (60 bis 90 cm) direkt zu empfangen sind (ohne Kabel); Programmbeginn: Anfang 1986. Fünf Kanäle werden von den Bundesländern an private und öffentlich-rechtliche Veranstalter vergeben.

TDF: Französischer Schwestersatellit von TV-Sat; ohne Kabel empfangbar; Radio Luxemburg sicherte sich zwei TDF-Kanäle.

Tele X: Skandinavischer Direktsatellit, derzeit im Bau, kann künftig auch in der Bundesrepublik ohne Kabel empfangen werden (möglicherweise als Pay-TV/Münzfernsehen).

AKK: Anstalt für Kabelkommunikation; öffentlich rechtliche Sendezentren



Satelliten-Experte Holtstiege*
„Von der Entwicklung überrollt“

Burda, Holtzbrinck) zum ersten deutschen Privatfernsehen erweitert.

APF: Aktuell-Presse-Fernsehen, Sitz: Hamburg. TV-Gesellschaft von 165 Zeitungsverlegern, die vom 1. 1. 1985 an die Nachrichten im erweiterten PKS-Programm bundesweit sendet.

RTL Plus: Deutschsprachiges Fernsehprogramm von Radio Luxemburg (Bertelsmann-Programmanteil: 40 Prozent), derzeit über konventionelle Hausantennen in Südwestdeutschland und von 1986 an mit Parabolantennen bundesweit via Direktsatellit TDF zu empfangen.

* Mit selbstkonstruierter TV-Antenne für Satellitenempfang.

ten überhaupt nicht senden. Das deutschsprachige RTL-Fernsehen, zu 40 Prozent mitproduziert von der UFA, der Programmgesellschaft von Bertelsmann und Gruner + Jahr, startet Anfang 1986, fast zeitgleich mit dem deutschen TV-Sat, vom französischen Direktsatelliten TDF 1. Die Fernsehmechaniker im Lande brauchen ihren Kunden dafür nur noch die 60- oder 90-Zentimeter-Antenne aufs oder ins Haus zu stellen – postgebührenfrei.

„Und dann“, sagt TV-Techniker Holtstiege aus dem westfälischen Havixbeck, der sich im Garten schon seine eigenen Satellitenantennen gebastelt hat, „wenn die Direktsatelliten da sind, kommt die Nachfrage explosionsartig.“

Die baugleichen Direktsatelliten TV-Sat (deutsch) und TDF (französisch) werden von der deutsch-französischen Eurosatellite GmbH in München hergestellt. Je fünf Programmfrequenzen hat eine internationale Postkonferenz schon 1977 an alle westeuropäischen Länder vergeben.

Doch der deutsche TV-Satellit wurde vom Postministerium, dem nach dem Start im Herbst 1985 mit der Europarakete „Ariane“ der Sendebetrieb zufällt, regelrecht totgeschwiegen – als lästige Konkurrenz fürs Kabel. „Die hohen Kosten und die zunehmende Verkabelung“, hieß es in einem Vermerk des Fernmeldetechnischen Zentralamts vom Januar, ließen „einen Trend in Richtung Fernmeldesatelliten vermuten“. Damit war der bürgernahe TV-Sat für die Post so gut wie abgemeldet.

Der erste Direktsatellit, TV-Sat 1, wird zwar vom Bundesministerium für Forschung und Technologie vorfinanziert; der anfangs für nächsten Sommer vorgesehene Start verzögert sich, wegen eines dazwischen kommenden Forschungssatelliten für den Halleyschen Kometen, auf September kommenden Jahres. Für einen Reservesatelliten aber, der für die längerfristige Betriebssicherheit des Direktsatelliten-Systems notwendig ist, liegt bei Eurosatellite noch keine Nachbestellung vom dafür zuständigen Postministerium vor.

Der Vorstoß von Radio Luxemburg nach Deutschland via TDF 1 bewog den Postminister immerhin, den deutschen Zwilling wenigstens zur Kenntnis zu nehmen. In den Regierungsbericht „Informationstechnik“ vom März dieses Jahres ließ er den dürren Satz einrücken, in die Pläne zur Schaffung von mehr Funk- und Fernsehprogrammen werde die

USA

für Schüler

● 1 Jahr zu Gast bei amerikanischen Familien mit Besuch der High School.

● 4-wöchige Ferienkurse mit und ohne Sprachunterricht in den USA.

Auf Wunsch senden wir Ihnen ebenfalls unser umfangreiches Programm über Sprachkurse in England und auf Malta.

iST

Internationale Sprach- und Studien-Reisen

Im Bäckerfeld 6a/SP1 · 6900 Heidelberg
Tel. 06221/4 90 35



Tu was für Dich!

Sanotel: ein ganz neuer Typ Gesundheitshotel in Österreich.
 ○ Spezialisiert auf alle rheumatischen Erscheinungsformen
 ○ Zur Erhaltung und Wiedererlangung der Beweglichkeit

Die Methoden:
 ○ Exakte Diagnostik und individuelle Therapie unter Leitung eines hochqualifizierten medizinischen Teams
 ○ Klare Symbiose zwischen Schulmedizin und Naturheilkunde
 ○ Kraft und Vitalität schöpfen in der wohlthuenden Atmosphäre eines Komfort-Hotels in Badgastein

Die Philosophie des Hauses: Heilen ist Ordnen von Körper, Seele und Geist.

★★★★
Sanotel
Badgastein A-5640 BADGASTEIN NR. 16
TEL 064 34/2501-0, TELEX 67 790

COUPON Bitte senden Sie mir das neue kostenlose Journal
Ein Plädoyer für eine neue Rheumabehandlung

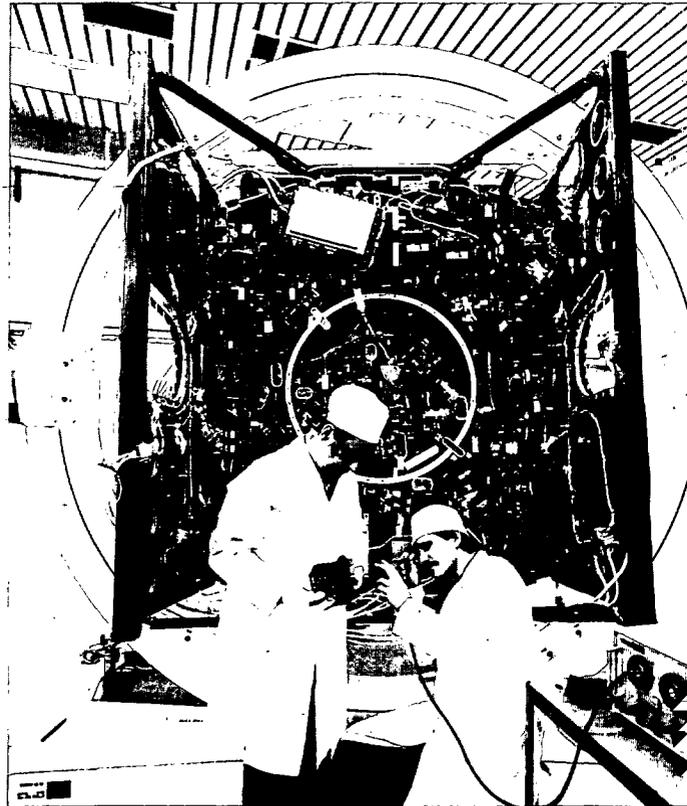
Name _____
 Straße _____
 Ort _____
 PLZ _____

Sp 1 36/84

Bundesregierung neben der Verkabelung „auch die Möglichkeiten von direkt strahlenden Rundfunksatelliten einbeziehen“.

Doch mittlerweile versucht Schwarz-Schilling, die Sendeleistung der direktstrahlenden Satellitenkanäle so zu verringern, daß auch für sie größere Antennen und Kabelnetze zum Empfang erforderlich werden. Ein „Satellitenempfang durch jedermann“, kritisierte der Technische Direktor des Bayerischen Rundfunks, Frank Müller-Römer, würde dann „nur in geringem Umfang möglich sein“.

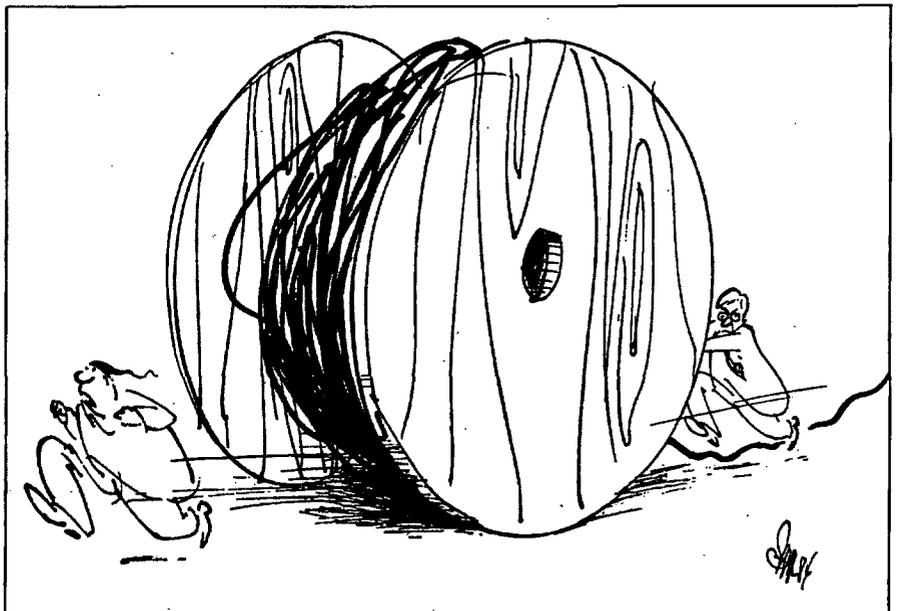
Die Ministerpräsidenten, die eigentlich allein für die Rundfunk- und Fernsehpolitik in der Bundesrepublik zuständig sind, haben die Winkelzüge des Postministers nun offenbar satt. In einem Papier „zur Neuordnung des Rundfunkwesens“ einigten sie sich Ende Juni, den TV-Sat praktisch vom Start weg voll für den Programmbetrieb zu nutzen: „Alle fünf Kanäle auf dem TV-Sat“ sollen danach „für Fernsehübertragungen zur Verfügung stehen“, und zwar für private und öffentlich-rechtliche Veranstalter oder Verbund-Gesellschaften von beiderlei Art. Einigen sich die Länder nicht bis Ende des Jahres auf die Programmverteilung, dürfen die SPD-Ministerpräsi-



Satellit ECS (Montage): Nur über Kabel zu empfangen

denzen zwei und die CDU/CSU-Ministerpräsidenten drei Kanäle getrennt vergeben.

Viel mehr an Programmen, vermuten Marktkenner inzwischen, würde das bundesdeutsche Werbeaufkommen für Fernsehwerbung wohl ohnehin nicht hergeben. Hinzu werden jedoch zahlreiche fremdsprachige und das eine oder andere deutschsprachige Auslandsprogramm – wie schon das deutsche Luxemburg-Programm über TDF 1 – kommen, vielleicht auch mehrsprachige Europaprogramme.



Wer bremst Schwarz-Schilling?

Neue Osnabrücker Zeitung

Als drittes Land nach der Bundesrepublik und Frankreich hat Schweden bei der Eurosatellite GmbH einen Direktsatelliten („Tele X“) bestellt. Im ganzen kann das künftig über Hausantennen empfangbare Satellitenangebot die Nachfrage nach Kabelanschlüssen schnell zum Erliegen bringen.

Immer mehr Fernsehtechniker in deutschen Landen beginnen mittlerweile, sich auf den TV-Sat und den TDF einzustellen. Meister Holtstiege in Havixbeck tüfelt an integrierten Empfangsantennen für seine Kunden.

Er fürchtet schon, daß die westdeutschen Antennenproduzenten geeignete Empfangsanlagen nicht rechtzeitig herausbringen würden. Um ihre Geschäftsbeziehungen zur Post nicht zu verderben, so sein Argwohn, hielten sie sich – mit Rücksicht auf die postalischen Kabelinteressen – bei der Antennenentwicklung für Direktsatelliten zurück. Die Zulassungspflicht durch das Fernmelde-technische Zentralamt, so Holtstiege, sei schließlich „das Mittel, alles vom Markt zu halten, was der Post nicht gefällt“.

Doch inzwischen sprachen auch Herren renommierter Antennenfabriken bei dem erfinderischen Handwerksmann vor und zeigten sich an seinen Konstruktionen sehr interessiert. Holtstiege ist bereits so weit, daß er sogar die Programme von Fernmeldesatelliten mit selbstgebauten Jedermann-Antennen auf den Bildschirm zaubert bis hin zum sowjetischen „Horizont“. Nicht einmal dafür, meinen die Antennen-Handwerker, werde man in Zukunft noch Postkabel brauchen.

So holen nach der medienpolitischen Begeisterung der Wende den Postminister die Kräfte ein, auf die er sich bei seinem Kabelabenteurer immer berufen hat: die Mechanismen der Marktwirtschaft.

CDU-Leute mit mehr Augenmaß als Schwarz-Schilling warnten rechtzeitig, aber vergeblich vor den „erheblichen Investitions- und Finanzierungsrisiken der Breitbandverkabelung und des Kabelfernsehens“. Das größte Hemmnis, schrieb der niedersächsische Wirtschaftsminister Birgit Breuel schon im Frühjahr 1983 in eine Kabinettsvorlage hinein, seien „die bislang mangelnde Nachfrage und die Ungewißheit über die zukünftige Nachfrage“ der Haushalte nach dem Kabelanschluß.

Landesherr Ernst Albrecht, beflügelt vom Eifer gegen den öffentlich-rechtlichen Rundfunk wie sein Parteifreund Schwarz-Schilling, wollte nicht hören und stürmte mit seinem Postminister in den „Kabelsalat“ (ein Postministerialer). „Das Debakel ist da“, sagt ein hannoverscher CDU-Abgeordneter, „es hat nur noch keiner gemerkt.“

Vor allem nicht der Betroffene. „Die Bundesregierung sieht keinerlei Anlaß“, beteuerte Christian Schwarz-Schilling im Bundestag, „von dieser Politik abzugehen.“



bleyle

Der superleichte Businesslook. Eleganter Leichtsacco aus Wolle/Seide. Gewicht unter 500 g. DM 589,-. Unverbindliche Preisempfehlung

DAS SUPERLEICHT-SACCO VON BLEYLE

Prospektanforderungen: Wilh. Bleyle KG, Rotebühlstr. 120, 7000 Stuttgart I, Postf. 434